

FORSCHUNGSBERICHT

Welches Bild konstruieren die Medien von der Warschauer und Berliner Europapolitik?¹

von Agnieszka Łada

Am 17. Juni 2008 fand in Warschau eine Konferenz unter dem Titel „Welches Bild konstruieren die Medien von der Warschauer und Berliner Europapolitik?“ statt. Das Treffen hatte einen Meinungsaustausch über die Betrachtung und Bewertung der Außenpolitik der Regierungen beider Länder durch polnische und deutsche Medien zum Ziel. Während der Konferenz wurden die Hauptthesen des „Berichtes des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten: Die Europapolitik von Warschau und Berlin in der deutschen und polnischen Presse von B. Ociepka, A. Łada und J. Ćwiek-Karpowicz“ vorgestellt. Bericht und Konferenz stellten eine Zusammenfassung des Projektes „Das jeweilige Bild der Außenpolitik Polens und Deutschlands in der deutschen und polnischen Presse im Kontext der europäischen Integration“ dar, das vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Jahren 2007 und 2008 in Warschau durchgeführt wurde.²

*

Dank der deutschen EU-Ratspräsidentschaft (vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2007) nahm die Bedeutung dieses Landes sowohl in der europäischen Politik als auch in der Presseberichterstattung über internationale Ereignisse zu. Das Hauptziel des Vorsitzes war es, zu einer Lösung der Krise um die europäische Verfassung zu kommen, die in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt worden war. In dieser Krise spielte Polen während der deutschen Ratspräsidentschaft eine besondere Rolle, indem es den so genannten

¹ In diesem Beitrag wurden Ausschnitte aus dem folgenden Bericht verwendet: B. Ociepka, A. Łada, J. Ćwiek-Karpowicz, *Polityka europejska Warszawy i Berlina w prasie niemieckiej i polskiej* [Die Europapolitik von Warschau und Berlin in der deutschen und polnischen Presse], hrsg. v. Instytut Spraw Publicznych. Warszawa 2008.

² Die Konferenz wurde mit Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit organisiert.

Wurzel-Abstimmungsmodus vorschlug, der schließlich nach schwierigen Verhandlungen auf dem Brüsseler Gipfel verworfen wurde. Außerdem war es in der ersten Jahreshälfte 2007 das Ziel Deutschlands, eine gemeinsame Energiepolitik der Union und Maßnahmen gegen den Klimawandel herbeizuführen.³ Zur selben Zeit tauchte in der in beiden Ländern stattfindenden außenpolitischen Diskussion vielfach das Thema der Installierung eines Raketenabwehrschildes in Polen auf. Diese Frage stand hinsichtlich der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und innerhalb der NATO sowie wegen des Widerstandes Russlands auch in einem europäischen Kontext.

Infolge der durch die Europapolitik der Jahre 2006 und 2007 verursachten Spannungen erschien die polnische Thematik in deutschen Medien häufiger in einem europäischen Zusammenhang, als dies früher der Fall gewesen war.⁴ Auch deswegen war es interessant zu untersuchen, in welcher Weise sie am westlichen Ufer der Oder dargestellt wurde. Dieser aufgrund der deutschen Ratspräsidentschaft im Jahr 2007 und aufgrund einer Vielzahl von für die Europäische Union wichtigen Ereignissen besondere Zeitraum machte es überaus interessant, eine spiegelbildliche Charakterisierung der Darstellung der Europapolitik in den Medien beider Länder vorzunehmen. Auf diese Weise gelang es, die Wahrnehmung der Ereignisse in der eigenen Presse mit der des Nachbarlandes zu vergleichen. Dabei wurde von der Annahme ausgegangen, dass im erwähnten Zeitabschnitt das Meinungsklima in Bezug auf den europäischen Integrationsprozess in beiden Ländern ausgesprochen verschieden war. Für Deutschland als einem Mitglied der „alten Union“ ist Europapolitik in der öffentlichen Debatte kein Anlass für eine ausgesprochene Meinungspolarisierung, wie es sie 2006/07 in Polen gab.

Die Untersuchungen zur Europapolitik wurden u.a. auf der Grundlage einer Inhaltsanalyse der Presse durchgeführt. Druckmedien bieten ein profunderes Meinungsbild der beschriebenen Ereignisse als audiovisuelle Massenmedien, so dass sie eine entscheidende Bedeutung in den Meinungsbildungsprozessen besitzen.

³ „Europa gelingt gemeinsam“. Präsidentschaftsprogramm, 1. Januar – 30. Juni 2007, in: www.eu2007.de/includes/Downloads/Praesidentschaftsprogramm/EU-P-AProgr-d-2911.pdf [letzter Zugriff: 20.11.2007]; „Europa gelingt gemeinsam“. Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, in: www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/06/Anlagen/2007-06-27-bilanz-praesidentschaft, property=publicationFile.pdf [letzter Zugriff: 20.11.2007].

⁴ Die Verschärfung der Konflikte innerhalb Polens zu jener Zeit führte dazu, dass die elektronischen Medien des Landes ihre Auslandsdienste einschränkten.

In den letzten Jahren wurden relativ häufig – vor allem in Polen – Untersuchungen zur Berichterstattung der polnischen und deutschen Presse über die bilateralen Beziehungen durchgeführt.⁵ Vor diesem Hintergrund zeichnet sich ein deutlicher Mangel an Publikationen zu einem gegenwärtig so wesentlichen Thema ab, wie es das durch die Medien in verschiedenen Ländern präsentierte Bild der Europapolitik ist. Die Vielzahl an Ereignissen in diesem Bereich allein im Jahr 2007 war ein zusätzliches Motiv, um sich mit diesem Untersuchungsgegenstand zu befassen. Auf diese Weise entstand die Idee zu dem vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführten Projekt. Die Spezifik der durchgeführten Studien bestand vor allem in einer Konzentrierung auf die Europapolitik von Polen und Deutschland. Der Hauptakzent wurde daher nicht auf die gegenseitigen Beziehungen der beiden Länder gelegt. Dennoch wurden sie dort berücksichtigt, wo im untersuchten Material ein Bezug zu den bilateralen Beziehungen im europäischen Kontext feststellbar war. Ergebnis der Untersuchungen ist der Bericht „Die Europapolitik von Warschau und Berlin in der deutschen und polnischen Presse“ der Autoren Beata Ociepka, Agnieszka Łada und Jarosław Ćwiek-Karpowicz.

In den durchgeführten Untersuchungen wurden die Ansätze verfolgt, wie die Presse in Polen und Deutschland die Europapolitik beider Länder darstellte und bewertete. Gegenstand der Analyse war also die Art, in der das Handeln des jeweils anderen Landes und allgemeuropäische Fragen in den Druckmedien dargestellt wurden. Die Untersuchung umfasst den Zeitraum von Januar bis Oktober 2007. Auf deutscher Seite wurden untersucht: die Tageszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Die Süddeutsche Zeitung“ und „Die Welt“, die Boulevardzeitung „Bild“ sowie die Wochenzeitschriften „Focus“ und „Spiegel“; auf polnischer Seite: die Tageszeitungen „Gazeta Wyborcza“, „Rzeczpospolita“ und „Dziennik“, die Boulevardzeitungen „Fakt“ und „Super Express“ sowie die Wochenblätter „Polityka“ und „Wprost“.

⁵ Solche Untersuchungen wurden unter anderem durchgeführt von: Wizerunek Polski w prasie krajów Unii Europejskiej [Das Bild Polens in der Presse der Länder der Europäischen Union], hrsg. v. M. Warchala. Warszawa 2002; Pierwsze kroki w Unii. Polityka polska w prasie europejskiej [Die ersten Schritte in der Union. Die polnische Politik in der europäischen Presse], hrsg. v. M. Fałkowski. Warszawa 2004; A. Łada, Debata publiczna na temat powstania Centrum przeciwko Wypędzeniom w prasie polskiej i niemieckiej [Die öffentliche Debatte zur Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibung in der deutschen und polnischen Presse], hrsg. v. Oficyna Wydawnicza Atut. Wrocław 2006.

In den Untersuchungen wurde auch die Frage gestellt, ob in der Berichterstattung zur Europapolitik der beiden Staaten Konflikte oder eine Zusammenarbeit im Vordergrund steht, und ob dies die tatsächlichen Streitfelder oder Interessensunterschiede auf diesem Gebiet widerspiegelt. In der Analyse wurde außerdem berücksichtigt, ob die Medien die Politik der beiden Staaten als ein Bestreben im Interesse aller Mitgliedsländer der EU betrachten oder eher als eine Durchsetzung eigener Bedürfnisse.

In Hinblick auf die Tatsache, dass die Europäische Union nicht nur ein wesentlicher politischer, sondern auch ein wirtschaftlicher Akteur ist, wurde die ökonomische Dimension der Europapolitik ebenfalls berücksichtigt. Dies wurde am Beispiel der Energiesicherheit untersucht.

Es tauchte außerdem die Frage auf, ob und wenn ja, in welcher Weise sich in der Presse, abhängig von ihrer politischen Ausrichtung, Unterschiede in den Standpunkten zu den genannten Fragen zeigen. Interessant erschien es vor allem zu untersuchen, ob die Presse, die ein und demselben deutschen Verleger gehört, für beide Seiten der Grenze denselben Standpunkt bezieht, und welche Faktoren seitens der Herausgeber und Journalisten die Berichterstattung beeinflussen.

Die Untersuchungen ergaben, dass das meiste im analysierten Zeitraum publizierte Material aus dem Juni 2007 stammt. Hierin wurde außerdem die Europapolitik von Warschau und Berlin am genauesten dargestellt. In den durchgeführten Untersuchungen wurden dennoch alle Ereignisse berücksichtigt, die in dieser Zeit auf der europäischen Bühne stattgefunden haben.

Die quantitativen Ergebnisse der Analyse zeigten, dass in der deutschen Presse wesentlich mehr Artikel über Polen im europäischen Kontext erschienen als erwartet. Es gab also einen Bruch mit der zuvor herrschenden Asymmetrie in der Zahl von Pressestimmen zu beiden Seiten der Grenze. Symbolischer Ausdruck dieses Wandels war das Erscheinen polnischer Motive auf den Titelseiten der Zeitschriften (z.B. im „Spiegel“) und auf den ersten Seiten der Zeitungen. In der polnischen Presse ließ sich wiederum eine fortschreitende Boulevardisierung feststellen, die sich in einer Kürzung und Vereinfachung von Artikelinhalten (bei einem gleichzeitigen Bemühen um eine attraktive grafische Präsentation) sowie in der Konzentrierung auf aktuelle innenpolitische Auseinandersetzungen zeigte, was eine Beschränkung im Aufnehmen von Auslandsthemen zur Folge hatte.

Die Untersuchungen haben ergeben, dass die analysierten deutschen Presstitel eine sehr ähnliche Bewertung der polnischen Euro-

papolitik präsentierten: In der Mehrzahl der Fälle wird in ihnen das Handeln der polnischen Regierung kritisiert. Gleichzeitig bemühten sich die deutschen Zeitungen, die Argumente der polnischen Verantwortlichen zu zeigen, sie in einem breiteren Kontext darzustellen und die verschiedenen Standpunkte der jeweiligen Fragestellung zu präsentieren. Die Eingrenzung des analysierten Zeitraumes hatte zur Folge, dass die überwiegende Mehrheit der besprochenen deutschen Artikel die Europapolitik der Regierung von Jarosław Kaczyński betraf. Angesichts des Sieges der Bürgerplattform in den Parlamentswahlen in Polen im Oktober 2007 und der Person von Donald Tusk wurde in der deutsche Presse die Hoffnung auf eine Verbesserung der Beziehungen im Rahmen der europäischen Politik geäußert. Die deutschen Artikel wiesen auf den Konflikt zwischen Polen und Deutschland sowie dem Rest der Europäischen Union in der Frage des Reformvertrages hin. Dabei wurde betont, dass es die Regierung von Jarosław Kaczyński sei, die dem Integrationsgedanken skeptisch gegenüberstehe, und nicht die polnische Gesellschaft, die zu denjenigen in Europa gehöre, die besonders euroenthusiastisch sei. In der polnischen Presse wurden Polen und Deutschland, und erst in zweiter Reihe die Europäische Union als Konfliktparteien dargestellt. Die Beschreibung der Europapolitik durch die Journalisten in Kategorien des Konfliktes hatte in diesem Fall jedoch nicht dieselbe eindeutig historische Dimension wie in den Texten zu den bilateralen Beziehungen.

Ein Teil der untersuchten deutschen Artikel betraf die europäische Sicherheit unter Einbezugnahme der Errichtung eines Raketenabwehrschildes in Polen. Dennoch zeichneten die deutschen Medien im Zusammenhang mit diesem Thema kein Bild von Polen als einem Vasallen der Vereinigten Staaten. Das Problem wurde in einem breiteren, multilateralen Kontext unter Anführung der Argumente aller beteiligten Seiten gezeigt.

Die deutsche Presse zeichnete ein Bild ihres Landes als eines pro-europäischen Staates, dessen Ratspräsidentschaft einer Vertiefung der Integration und der Überwindung des Verfassungsdilemmas diene, wobei Kanzlerin Angela Merkel eine enorm positive Rolle spiele. Vor diesem Hintergrund wurde Polen – auch in einem Teil der polnischen Presse – als ein Land betrachtet, das von antieuropäischen Eliten repräsentiert werde, welche Deutschland gegenüber undankbar und für die mangelnden Fortschritte bei der Integration verantwortlich seien. Ein Teil der deutschen Presse sah in Gestalt eines Europas der zwei Geschwindigkeiten eine Lösung des so skizzierten Konflik-

tes – gleichwohl war dies nicht das dominierende Motiv. Wenn diese Option genannt wurde, dann mit dem Hinweis, dass Polen für eine eventuell notwendige Einführung zweier Geschwindigkeiten in der Union mit verantwortlich wäre. Kritik an Polen verband sich vor diesem Hintergrund mit einer Betonung der abweichenden Einstellung der Länder Ost- und Mitteleuropas – der neuen Unionsmitglieder – zu wichtigen Fragen der europäischen Politik wie z.B. der Frage der Energiesicherheit. Das Misstrauen gegenüber Russland wurde dabei als ein Faktor betrachtet, der die Einheit und Stärke der Europäischen Union beeinträchtigt.

Die Analyse des Bildes der polnischen Europapolitik in der deutschen Presse erlaubte auch, bestimmte Feststellungen in Bezug auf die Einstellung der Medien der BRD zum Handeln der eigenen Regierung zu formulieren. Deutlich sichtbar war in diesem Fall ein seit Jahren in den deutschen Massenmedien vorhandener Konsens darüber, dass die europäische Integration zu den Prioritäten der Außenpolitik Deutschlands gehöre.

Die polnische Presse hingegen wies Unterschiede in der Bewertung von Berlins Europapolitik auf. In „Dziennik“, „Gazeta Wyborcza“ und „Polityka“ wurden sie häufiger positiv, in „Rzeczpospolita“ und „Wprost“ eher negativ dargestellt. Die polnischen Medienberichte waren außerdem personalisierter als die deutschen: Die Europapolitik wurde häufiger durch das Prisma ihrer Akteure beleuchtet. Ähnlich der deutschen Presse konnte man auch im Fall der polnischen Medien bei der Analyse der Darstellungsweise der Europapolitik des Nachbarlandes Schlüsse über die eigene Einstellung zum Handeln der eigenen Regierung ziehen. In der polnischen Presse existierte, im Unterschied zu den deutschen Zeitungen und Zeitschriften, in dieser Hinsicht keine Einheitlichkeit. In „Gazeta Wyborcza“ sowie „Polityka“ wurde ausdrücklich das Kabinett von Jarosław Kaczyński für sein Auftreten auf der europäischen Bühne kritisiert, in „Rzeczpospolita“ sowie „Wprost“ wurde es unterstützt, während es in der deutschen Presse mehr Äußerungen neutralen Charakters gab, die die Argumente von mindestens zwei Seiten der Auseinandersetzung präsentierten und wo das polnische Thema überwiegend in einem multilateralen Kontext vorkam. In der polnischen Presse dominierte dagegen eine einseitige Argumentation, und der Tenor der Artikel war häufiger negativ oder positiv als neutral.

Die Untersuchung konzentrierte sich auf die Darstellung der Europapolitik beider Regierungen durch die Presse. Die angewandten Untersuchungsinstrumentarien erlaubten es gleichwohl, auch Artikel zu

analysieren, die solche bilateralen Beziehungen zwischen Berlin und Warschau betrafen, welche einen europäischen Kontext mit einschlossen. Denn zwischen der Europapolitik und den bilateralen Beziehungen Polens und Deutschlands existiert ein enger Zusammenhang. Bei der Analyse der Europa gewidmeten Artikel wurde daher besonders darauf geachtet, welcher Platz den bilateralen Beziehungen zugewiesen wurde. Es wurde untersucht, welche Aspekte dieser Beziehungen im Kontext der Europapolitik angeführt und wie sie präsentiert wurden. Das Vorhandensein von Texten, in denen hauptsächlich bilaterale Fragen angesprochen werden – wenn auch weiter, europäisch gefasst –, zeugt davon, dass in der Presse diese beiden Ebenen – die bilaterale und die europäische – als untrennbar betrachtet werden.

Ein weiteres interessantes Ergebnis der Untersuchungen ist, dass die Boulevardpresse beider Länder dem Thema der Europapolitik nicht viel Platz widmete; die Zahl der dazu von den Boulevardblättern veröffentlichten Artikel war gering. Es scheint also, dass sie keinen bedeutenden Einfluss auf das Wissen und die Meinungen ihrer Leser zu dieser Frage haben.

Die Textanalyse der polnischen und deutschen Presse ergab, dass die Journalisten gewisse Probleme mit der Anerkennung der neuen Rolle Polens als Mitglied der EU hatten. In der polnischen Presse schlug sich dies in einer Wahrnehmung der Europapolitik vor allem als Feld von Konflikten und Interessenskollisionen nieder (dort, wo man sich auf den bilateralen Kontext konzentrierte), und in der deutschen Presse als Kritik an der Haltung Polens im betreffenden Zeitraum, da diese die Integration gefährde. Trotz einer ähnlichen Haltung Großbritanniens wird Polen als Neumitglied der EU häufiger eine negative Rolle zugeschrieben. Die Darstellung der polnischen Europapolitik in einem schlechten Licht ist jedoch kein die deutschen Medien von anderen europäischen Massenmedien unterscheidendes Merkmal.

Die Ergebnisse aus dem Bericht „Die Europapolitik von Warschau und Berlin in der deutschen und polnischen Presse“ wurden auf der Konferenz „Welches Bild schaffen die Medien von der Warschauer und Berliner Europapolitik?“ präsentiert, die am 17. Juni 2008 in Warschau stattfand. Beata Ociepka, die Koautorin des Berichtes und Leiterin des Untersuchungsteams stellte in ihrem Einführungsreferat die Hauptergebnisse der durchgeführten Presseanalyse vor. Eine Podiumsdiskussion ermöglichte die Auseinandersetzung mit den Thesen der erarbeiteten Publikation. An der Debatte nahmen teil: Paul Flückiger (freier Journalist der „Neue Zürcher Zeitung“ / „Die Welt“), Jerzy Haszczyński (Leiter der Auslandsredaktion der „Rzeczpospo-

lita“), Thomas Urban (Polenkorrespondent der „Süddeutschen Zeitung“) und Bartosz Węglarczyk (Leiter der Auslandsredaktion der „Gazeta Wyborcza“).

In der Diskussion wurden vor allem die Unterschiede in der Darstellungsweise der Europapolitik durch polnische und deutsche Medien thematisiert. Es wurden unter anderem die folgenden Probleme aufgeworfen: die Unterschiede in der Darstellung der Europapolitik von Warschau und Berlin, die sich in polnischen und deutschen Medien erkennen lassen, ihre Ursachen und Eigenarten, oder auch das Gewicht der Europapolitik in polnischen und deutschen Medien. Die Podiumsteilnehmer bemühten sich außerdem, eine Antwort auf folgende Fragen zu geben: Was an der Europathematik ist das interessanteste Thema für die deutsche bzw. polnische Presse? Welchen Einfluss hat die Darstellung dieser Politik durch die Medien auf das Handeln der Entscheidungsträger? Müssen die Medien die Europapolitik ihrer Regierung im Moment einer politischen Auseinandersetzung verteidigen? Stehen deutsche Medien in der Regel auf Seiten der Regierung, um sie zu unterstützen?

Paul Flückiger, ein freier, sowohl für deutsche als auch für Schweizer Zeitungen schreibender Journalist, stellte fest, dass es an Unterschieden zwischen der links- und der rechtsgerichteten Presse in Deutschland mangle. Dies habe, seiner Meinung nach, einen konkreten Einfluss auf die Arbeit eines Korrespondenten, der für Zeitungen und Zeitschriften mit unterschiedlichem, politischen Profil schreiben könne. Flückiger betonte außerdem, dass sich die Presse heute vor allem nach den Regeln des Marktes richte; dies bewirke, dass sie solche Themen präsentiere, die die Leser am meisten interessierten. Und dazu gehörten eben Informationen über Konflikte und Auseinandersetzungen.

Jerzy Haszczyński, Leiter der Auslandsredaktion der „Rzeczpospolita“, wies auf die Tatsache hin, dass die polnische Presse nur dann über Außenpolitik schreibe, wenn sie in irgendeiner Weise Polen betreffe. Er erwähnte außerdem die Unterschiede zwischen der polnischen und deutschen Presse. Die polnische Presse besitze zum Beispiel nicht so viele Korrespondenten in Brüssel, was die Gestalt und Intensität der Berichterstattung auf dem Gebiet der europäischen Politik beeinflusse. Es existierten weder solche ausgebauten Möglichkeiten, an Quellen zu gelangen, noch eine entsprechende europapolitische Spezialisierung, wie dies zum Beispiel in der deutschen Presse der Fall sei. Nach Meinung Haszczyńskis bemühten sich die Medien in Polen, die Ereignisse unparteiisch darzustellen, die Argumente beider Seiten auf-

zuzeigen. Es sei nicht gut, wenn sie sich darauf beschränken würden, nur eine bestimmte Konzeption der Europäischen Union zu begünstigen. Die Diskussion, die sie führten, befürwortete der Redakteur.

Bei der Bewertung der Aufgabe der Medien in der Darstellung und Kommentierung der deutsch-polnischen Beziehungen stellte Ha-szczyński eine gewisse Schwierigkeit fest. Seiner Meinung nach verstiegen sich viele Medien in historischen Themen. Ein Beispiel dafür sei das Titelbild der Zeitschrift „Wprost“ gewesen: Das Bild von Erika Steinbach, das gedruckt wurde, sei in Deutschland zum Symbol für die Einstellung der Polen zur Vertreibungsthematik geworden. Deutsche Medien hätten nicht gefragt, ob die von dieser Zeitschrift präsentierte Bewertung die tatsächliche Stimmung an der Weichsel widerspiegele.

Thomas Urban, langjähriger Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ in Polen, erwähnte unter den Unterschieden zwischen polnischer und deutscher Presse ein anderes Herangehen an die Kommentierung politischer Ereignisse. In Polen träten Journalisten als politische Akteure auf, und aus diesem Grund trügen sie einen sehr konfliktbetonten Ton in die von ihnen veröffentlichten Materialien, in deutschen Redaktionen dagegen werde der Versuch zur Konsensbildung betont. Darüber hinaus – und darin stimmte er mit der Hauptthese des präsentierten Berichtes überein – existiere in der BRD eine über Parteigrenzen hinausreichende Übereinstimmung in Fragen der europäischen Integration. Diese werde als zentrales Anliegen betrachtet, das allen daran Beteiligten nutze. Gemäß dieser Herangehensweise sei Europa eine ideale Heimat, die man pflegen müsse. Jeder, der dieser Meinung widerspreche oder, nach Ansicht der Medien, den Integrationsprozess bremse, werde im Zusammenhang damit kritisiert. In Polen dagegen existiere, so Urban, ein bestimmtes Stereotyp, nämlich die Überzeugung, ein Helden- und Opfervolk zu sein. Gleichzeitig achteten die Polen sehr darauf, wie man sie in anderen Ländern betrachte, aber in der Publizistik würden die Erwartungen, zum Beispiel gegenüber der deutschen Seite, nicht geäußert.

Bartosz Węglarczyk, Leiter der Auslandsredaktion der „Gazeta Wyborcza“ gestand ein, dass seine Zeitung dazu beigetragen habe, den Konflikt zwischen den verschiedenen Zeitungen anzuheizen. Als Hauptgrund der Differenzen und Auseinandersetzungen sah er jedoch das Ergebnis der Wahlen im Jahr 2005 und die Regierungszeit von Jarosław Kaczyński an. Dessen Politik habe das Ziel gehabt, so die Meinung des Redakteurs, Ängste vor deutschen Dominanzbestrebungen in der EU zu verbreiten.

In ihrer Zusammenfassung der Podiumsdiskussion betonte Beata Ociepka die Gründe, warum das, was die Presse – vor allem die polnische – darstelle, so wichtig sei. Da die polnischen politischen Parteien, im Unterschied zu deutschen Gruppierungen, welche eine große Zahl von Beratern und Experten besäßen, ihre Informationen über die Welt hauptsächlich aus der Presse bezögen, beeinflussten gerade die Druckmedien so stark das Bild von der Politik, das auch deren Hauptakteure besäßen.

Die Gesprächspartner und Diskussionsteilnehmer waren sich darin einig, dass die Präsentation der Europapolitik in der polnischen und deutschen Presse ein interessantes Thema sei, das es zu verfolgen und zu kommentieren lohne, wobei man die Unterschiede feststellen und versuchen sollte, ihre Ursachen zu verstehen.

Aus dem Polnischen übersetzt von Heidemarie Petersen, Leipzig